



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

Geschäftszahl 14.100/3-Pr.7/89

1011 Wien, Stubenring 1  
Fernschreib-Nr. 111145, 1111780  
Fernkopierer 73 79 95  
Telefon 0222 / 711 00 Durchwahl  
Name / Tel.-Klappe des Sachbearbeiters:  
Mag. Schillinger / 5035

An das  
Präsidium des Nationalrates  
Parlament  
1016 Wien

Bitte in der Antwort die  
Geschäftszahl dieses  
Schreibens anführen.

Betrifft GESETZENTWURF	
Z:	63 .. GE/98
Datum: 25. SEP. 1989	
26. Sep. 1989	
Verteilt:	

*Li. Ortz wanger*

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem  
das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz, die  
Bundesabgabenordnung und das Zustellgesetz ge-  
ändert werden;

Stellungnahme

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten beehrt sich,  
in der Anlage 25 Exemplare seiner an das Bundeskanzleramt gerichteten  
Stellungnahme, betreffend den o.a. Gesetzesentwurf, zu übermitteln.

25 Beilagen

Wien, am 21. September 1989

Für den Bundesminister:

J e l i n e k

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Peyler*



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

Geschäftszahl 14.100/3-Pr.7/89

1011 Wien, Stubenring 1  
Fernschreib-Nr. 111145, 1111780  
Fernkopierer 73 79 95  
Telefon 0222 / 711 00 Durchwahl  
Name / Tel.-Klappe des Sachbearbeiters:  
Mag. Schillinger / 5035

An das  
Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst

Ballhausplatz 2  
1014      Wien

Bitte in der Antwort die  
Geschäftszahl dieses  
Schreibens anführen.

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit  
dem das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz,  
die Bundesabgabenordnung und das Zustellgesetz  
geändert werden;

Stellungnahme

zu Zl. 601.661/1-V/1/89 vom 7.8.1989

Zu dem o.a. Gesetzesentwurf beehrt sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten folgendes mitzuteilen:

Zu Artikel I (§ 18 Abs. 3):

Es stellt sich die Frage, weswegen der letzte Halbsatz als Klammerausdruck gestaltet wurde. Den Erläuternden Bemerkungen ist hiezu nichts zu entnehmen. Wollte man die gegenständlichen Zustellungsarten nur zulassen, wenn die Kosten der Übertragung von der Partei gedeckt werden, so sollte man derartige Zustellungen von einem Antrag der Partei abhängig machen. Da eingeklammerte Zusätze nur Erläuterungen beinhalten, ist das Setzen von Klammern in diesem Fall völlig unklar bzw. unrichtig.

Es sollte weiters in zweifelsfreier Weise klargestellt werden, worauf sich die hier als maßgeblich vorgesehene "andere technisch mögliche Weise" bezieht. Hiebei wäre vor allem von den vorgegebenen Einrichtungen des Gebäudes, in dem die in Betracht kommende Behörde untergebracht ist (Art und Umfang der vorhandenen Installationen usw.), auszugehen. Die Bestimmung

./.

- 2 -

sollte jedenfalls nicht dazu führen, daß - unbeschadet einer möglichen Deckung der Mehrkosten durch die Partei - bei erheblicher Inanspruchnahme derartiger Möglichkeiten Mehrkosten für den Bund dadurch entstehen, daß bestimmte Amtsgebäude in einer gegenüber den bisherigen Verhältnissen vermehrten Weise, vor allem bezüglich der vorhandenen technischen Einrichtungen, adaptiert werden müssen. Es ergibt sich in diesem Zusammenhang auch die Überlegung, daß die vorangeführte bisher vorgesehene Formulierung einen Anhaltspunkt für mögliche Mißbräuche verschiedener Art bieten könnte; Parteien und vor allem Parteiengruppen (Bürgerinitiativen usw.) könnten auf diese Weise unter Umständen längere Zeit den Behördenbetrieb durch Forderungen nach Ausfertigung von in anderer technisch möglicher Weise beanspruchten Ausfertigungen weitestgehend lähmen. Es wird daher unbedingt empfohlen, diese Frage aus der Sicht der technischen Ausstattung der in Betracht kommenden Amtsgebäude ergänzend zu überdenken.

Zu Artikel I (§ 18 Abs. 4):

Die zu § 18 Abs. 3 angestellten Überlegungen gelten sinngemäß rücksichtlich der hier vorgesehenen Verordnung. Hiezu darf bemerkt werden, daß die Formulierung "Das Nähere wird durch Verordnung geregelt" in diesem Zusammenhang sehr allgemein gefaßt ist und eine dem Legalitätsprinzip Rechnung tragende Handhabung wohl nur im Wege der Interpretation des Gesetzes im Zusammenhang überhaupt möglich erscheint. Unter diesen Umständen könnte zumindest die praktische Handhabung anläßlich der Vollziehung zu Verwaltungsschwierigkeiten führen, die sich unter Umständen auch mittelbar auf die oben angeführten Überlegungen rücksichtlich des Einflusses auf den Zustand des zur Verfügung stehenden Amtsgebäudes auswirken könnten.

Zu Art. II Zif. 3 (§ 26 Abs. 2):

Aufgrund eines redaktionellen Versehens sollte es besser lauten:

"§ 89 d Abs. 2 Gerichtsorganisationsgesetz ....."

Wien, am 21. September 1989

Für den Bundesminister:

J e l i n e k

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

